

Informationen zur öffentlichen Medienorientierung vom 6. Juli 2018



Programm:

- 10:30 Uhr Grussbotschaften; 50 Jahre Menschenrecht
- 11:00 Uhr Parlamentarierinnen, die sich für Kairo+ einsetzen
- 11:15 Uhr Dialog, Fragen
- 11:30 Uhr veganer Apéro

Grussbotschaft von Alec von Graffenried, Stadtpräsident und ehemaliger Nationalrat:

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Medienschaffende. Herzlich willkommen, hier im Käfigturm von Bern zum Anlass von 50 Jahren Menschenrecht auf Familienplanung. Nachhaltigkeit ist ein grosses Wort – Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Der wichtigste Hebel um weltweit Nachhaltigkeit erreichen zu können ist natürlich, wenn man das Bevölkerungswachstum in den Griff bekommt. Das Bevölkerungswachstum ist nicht Gottgegeben, sondern da kann man einen Beitrag dazu leisten und dieser Beitrag heisst natürlich Familienplanung. Es ist also wichtig, dass dieser Beitrag auch geleistet wird und dass wir damit etwas tun können für das Leben – für ein wertvolles Leben, auch von zukünftigen Generationen. Ich wünsche Euch eine informative und spannende Medienkonferenz und einen guten Aufenthalt in Bern. Merci!“

Grussbotschaften von Menschen, die nicht anwesend sein können (Ausland, Terminkonflikte)

Dr. Hans Herren (1995: Welternährungspreis; 2013: Schweizer des Jahres, Alternativer Nobelpreis, biovision) sagt es schon 2009 so: „In vielen Meetings bei denen ich teilnehme, sei es für den Weltagrarbericht oder sonst einer Entwicklungsangelegenheit, ist Bevölkerungswachstum der "weisse Elefant" in Raum....alle wissen dass es oft "das" Problem ist, aber niemand will das heikle Thema anfassen!“

Prof. Graeme Maxton, Club of Rome: „Die sozialen und ökologischen Probleme der Menschheit haben zwei Ursachen. Das erste ist das Wirtschaftssystem, das auf Wachstum ausgerichtet ist. Dies erhöht die Ungleichheit und, weil es immer mehr fossile Energie verwendet, ist es auch heute noch die Ursache des Klimawandels. Die zweite Ursache ist die menschliche Bevölkerung, die sich in den letzten 50 Jahren verdoppelt hat. Das ist für den Planeten zu schnell gegangen. Zu viele Menschen verursachen zu viel Umweltverschmutzung und verbrauchen zu viele Ressourcen. Die Bevölkerung ist eine Hauptursache für den Klimawandel, der innerhalb von 20 Jahren nicht gestoppt werden kann, wenn wir den Kurs nicht ändern. Es gibt keine einfache Lösung für das Bevölkerungsproblem. Gesellschaften müssen Empfängnisverhütung leicht zugänglich machen und Menschen, insbesondere Frauen, bilden. Außerdem müssen wir aufhören, dieses Thema unter den Teppich zu kehren. Gesellschaften müssen darüber diskutieren. Wir müssen aufhören zu denken, dass Überbevölkerung ein Problem für die arme Welt ist. Kinder, die in der reichen Welt geboren werden, sind 30 Mal umweltschädlicher als jene in der armen Welt. Die Menschheit muss die Bevölkerung als Problem sehen und sie beheben, nicht ignorieren. Ignorieren wird bald sehr destruktiv für uns alle sein.“

Mathis Wackernagel, CEO Global Footprint Network: „Die Zunahme der Bevölkerung war der stärkste und hartnäckigste Treiber des wachsenden Fußabdrucks der Menschheit. Bei der Adressierung der Bevölkerung geht es nicht um Zwang (Zwang ist moralisch falsch und kontraproduktiv). Es geht darum, in ein besseres Leben zu investieren, insbesondere für Frauen, insbesondere für diejenigen, die unterversorgt sind. Mitfühlende Unterstützung für kleinere Familien ist nicht nur umweltfreundlich, sondern hat auch viele unmittelbare soziale Vorteile. Wenn Frauen als gleichwertige Partner im Haushalt, bei der Arbeit und in der Gemeinschaft respektiert werden, ergeben sich bessere soziale Ergebnisse für ihre Familien, einschließlich Gesundheits-

und Bildungsleistungen, und niedrigere Reproduktionsraten werden erreicht.. Angesichts der globalen Ressourcenbeschränkungen können Länder mit langsam schrumpfenden Bevölkerungen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Ländern mit wachsender Bevölkerung haben. Auf was warten wir? „<https://www.overshootday.org/take-action/population>

Dr. Christian Oswald, ehemaliger Mitarbeiter von DEZA, Swisscontact, Helvetas: „Trotz der nunmehr 50-jährigen internationalen Anerkennung von Familienplanung als universelles Menschenrecht hat in Entwicklungsländern auch heute noch jede vierte Frau, die verhüten möchte, keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. Doch in der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit bleibt das Thema Familienplanung weitgehend tabu.“

1. Warum wurde am 13. Mai das goldene Jubiläum des Menschenrechts auf Familienplanung ignoriert und warum wird der 25. Juli (Humanae Vitae wird 50ig) ein breites Medienecho erlangen?

In erster Linie ist es eine Machtfrage. Der Vatikan ist sehr mächtig/ reich / einflussreich und die UNO- Organisation für das Menschenrecht auf Familienplanung (UNFPA) hat jedes Jahr zwischen 4 und 8 Milliarden zu wenig Budget. Das ist so, weil die Macht entscheidet, was wichtig zu sein hat und was nicht. Ein weiterer Grund ist, dass das bestehende Wirtschaftssystem Prävention nicht mag, da damit keine Profite generiert werden können. Für Rüstung hat alleine die US-Administration pro Tag 2 Milliarden zur Verfügung. Ein Zitat eines Pensionskassenmanagers lautet folgendermassen: „Wenn Bomben fallen, steigen die Börsenkurse.“ Interessant in diesem Kontext ist, dass sich die römisch katholische Kirche massiv gegen Familienplanung und Abtreibung einsetzt. Bezüglich Kriegen, Kriegsgeschäften und Exporten von Mordinstrumenten hört man vom heiligen Stuhl kaum etwas.

2. Geschichte des Menschenrechts auf Familienplanung

1968: Familienplanung wird zum UNO-Menschenrecht

1974: UNO Bevölkerungskonferenz in Bukarest, Rumänien

1884: UNO Bevölkerungskonferenz in Mexico City

1994: UNO Bevölkerungskonferenz in Kairo, Ägypten

2004: Kairo+10 kam nicht zustande (zu viel Widerstand)

2014: Kairo+20 kam nicht zustande (zu viel Widerstand)

2024: ???

Vergleich zu UNO Konferenzen über Nachhaltigkeit:

1992: UNO Konferenz in Rio

2002: Rio+10 Johannesburg

2012: Rio+20 Rio

2022: Rio+30 ?

1971 empfahl der WWF Schweiz der Bevölkerung 44 Punkte des Umweltschutzes. Erster Punkt: „Begnüge Dich mit zwei Kindern. Wenn Du unbedingt mehr als zwei haben willst, so adoptiere die weiteren oder nimm Pflegekinder auf. Auch eine allzu rasche Generationenfolge ist nicht wünschbar.“ **Der heutige WWF Schweiz will mit solchen Themen lieber nichts zu tun haben.**

1976 erhält die Schweizerische Entwicklungszusammenarbeit den Auftrag, so zu arbeiten, dass es sie so bald wie möglich nicht mehr braucht (STOP AID). Ziel ist u.a. die **Wahrung des ökologischen und demographischen Gleichgewichts (5e).**

1994 erklärte Stephan Schmidheiny an einem Vortrag über Nachhaltigkeit in der ETH, dass der kleinste Staat zusammen mit dem mächtigsten Staat es in Rio 1992 fertiggebracht haben, dass das Menschenrecht auf Familienplanung kaum als Massnahme diskutiert werden konnte.

1994 – vor der Kairo Konferenz – veröffentlichte die **Päpstliche Akademie der Wissenschaften (mutig, weil ohne päpstlichen Segen)** eine Schrift, **die rasches Handeln verlangt - sonst würden ganz seriöse und irreversible Konsequenzen zu erwarten sein! Das Dokument schlägt vor, aktiv zu werden um das Bevölkerungswachstum zu bremsen.** Heute wissen wir, wie Recht sie hatten/ und immer noch haben.

2001: [Replacement-Migration](#)/Bevölkerungsaustausch – ist das eine Lösung für abnehmende und ‚überalternde‘ Bevölkerungen – fragt sich die Population Division der UNO...

2004 wird das Menschenrecht auf Familienplanung immerhin von der UNO bestätigt. Einzige Gegenstimme: Der grösste Kriegsmaterialexporteur der Welt.

2009 beschreibt die [London School of Economics](#), dass die Verfügbarkeit zu Familienplanung **fünfmal effizienter ist (in Bezug auf Klimaschutz) als Investitionen in "grüne Technologien".**

2009 verlangt die [oberste Hebamme der Schweiz](#) **Liliane Maury Pasquier** zusammen mit **Simonetta Sommaruga**, dass die DEZA 10% von ihren Ausgaben für reproduktive Gesundheit reservieren müsse. 2014 ist es den zwei Frauen peinlich >>

2009 [thematisieren](#) die grünen Nationalräte [Yvonne Gilli](#) und Bastien Girod die Problematik des Bevölkerungswachstums und der Migration. Heute wollen sie von [ihrem Papier](#), das plötzlich von der Homepage verschwunden ist, ([Arena](#)) praktisch nichts mehr wissen - sie kämpfen mit Falschangaben gegen ihre eigenen 2009er Voten.

2012 berechnet [OYA](#): Um mit dem Wachstum der Weltbevölkerung mitzuhalten, werden wir in den nächsten **50 Jahren mehr Nahrung produzieren müssen als in den gesamten 10 000 Jahren zuvor.** Der Selbstversorgungsgrad der Schweiz ist nicht wie vom Bundesamt für Statistik 60% sondern [weniger als 25%](#). Auch International werden Hunger [statistiken so angepasst](#), dass die Zahlen der hungernden Menschen abnehmen (Nahrungsbedarf wird einfach runtergeschraubt).

2012 reicht [ecopop](#) eine Schweizerische Volksinitiative ein. Am 30.11.2014 wurde sie vom Volk abgelehnt. Eine der Forderungen ist es, dass die vom Bund finanzierte Entwicklungshilfe mindestens 10% vom Budget für freiwillige Familienplanung einsetzen muss. In Anbetracht dessen, **dass rund 60% der DEZA-Gelder die Schweiz gar nicht verlassen**, eine recht bescheidene Forderung.

2013: Das [Postulat D. Fiala](#) verlangt von der DEZA eine Ausweitung des [engstirnigen](#) Mainstreaming "HIV/Aids" auf Mainstreaming "Reproduktive Gesundheit (inkl. freiwillige Familienplanung und Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten)".

2014: Amnesty International [kritisiert den Vatikan](#), der das Menschenrecht der UNO bekämpft!

2014: UNO korrigiert die [Bevölkerungsprognosen](#) immer wieder in die Höhe. 2100 könnten wir 12 Milliarden sein. Forderung: **Das Menschenrecht auf Familienplanung für ALLE Menschen !**

2015 Wie die UNO (FAO) Statistiken manipuliert – zwecks Annäherung an MDG's: Halbierung der extremen Armut; Energiebedarf der Menschen wurde einfach willkürlich herabgesetzt. >>>

2017: **DEZA bestätigt theoretisch, dass Reproduktive Gesundheit inkl. Familienplanung eine Priorität der DEZA sei** und dass man darum besorgt sei, dass die 84 Mio. CHF (2016) pro Jahr (trotz Sparkurs) nicht gekürzt werden >>>

2017: NZZ - Familienplanung als Lösung für Afrika UND für Europa, von Max Amstutz >>>

2017: NZZ - Familienplanung = Tabu bei DEZA und UNO, [Toni Stadler](#) wünscht sich eine Zusammenarbeit, welche Ursachen nicht einfach wegschminkt >>>

2017: Universität Lund (Schweden) sagt: [weniger Kinder ist mit Abstand der effizienteste Klimaschutz](#) (ein Kind weniger = 24 mal effektiver als ein Auto weniger).

2017: Eine der ersten Amtshandlungen von **Donald Trump** war das **Streichen von Beiträgen für UNFPA - der UNO-Organisation für Bevölkerungsfragen. Argument: UNFPA unterstützt Abtreibungen.** Dafür wird die US-Kriegstreiberei von rund 600 Mia. pro Jahr um 54 Mia erhöht. Das Töten **VOR der Geburt** stört den US-Präsidenten. Das Töten **NACH der Geburt** ist ein lukratives Geschäft, das ausgebaut wird. Diese "Verteidigungsausgaben" sollen der weltweiten "Sicherheit" dienen.

2017 UNFPA Fakten über **ungewollte Schwangerschaften, Abtreibungen, unnötiges Leiden** von Kindern und Müttern [>>>](#)

2018 [lädt DEZA/ SECO/ SIFEM](#) zur Jahreskonferenz ein, mit der Bemerkung dass das **rasante Bevölkerungswachstum eine grosse Herausforderung** darstellt. Alleiniges Ziel ist ein Wachstum (vom BIP), das allen nutzt. Dass das Menschenrecht Familienplanung ([50-Jahr Jubiläum](#) wurde vergessen) auch ein Ziel sein könnte, geht völlig verloren. Im DEZA Magazin [Eine Welt 2/19](#) wird allerdings auf Seite 31 ein Projekt in Ägypten vorgestellt. Hier steht, dass das **Bevölkerungswachstum gebremst** werden soll. Was "**bevölkerungsstrategische Bestrebungen**" bedeutet, wird nicht erwähnt. Bei der Konferenz wird also das Menschenrecht Familienplanung einfach vergessen - und in Ägypten werden 2 Mio. völlig einseitig in Bevölkerungs-Wachstums-Bremmung investiert.

3. Vatikan vermischt Familienplanung mit Abtreibung: Familienplanung ist weder Abtreibung noch Zwang (Chinesische Massnahmen; Indische Massnahmen in den 70er Jahren) sondern das Gegenteil – Wahlfreiheit durch Verfügbarkeit von Aufklärung (Wissen) und Verhütungsmitteln (Können)

Immer wieder versuchen Vatikan-Leute Familienplanung mit Abtreibung gleichzusetzen. Verhütung wird mit „Teufelszeug“ diffamiert. „Verhütung gehört zur Kultur des Todes“ sagt der Churer Bischof von 2018. Tatsache ist, dass Familienplanung ungewollte Schwangerschaften reduzieren hilft, familiäre Probleme reduziert und Abtreibungen eindämmt.

<https://www.luzernerzeitung.ch/schweiz/famoses-kirchliches-eigengoaal-ld.1033384>

4. $E = m \times c$: Effekt an der Natur (E) = Anzahl **Menschen (m) mal **durchschnittlicher Konsum pro Mensch (c)****

Wie schon Mathis Wackernagel darstellt, ist der ökologische Fussabdruck – also die Belastung der Erde abhängig von der **Anzahl Menschen (m)** und deren **Konsumverhalten (c)**. Es ist also wichtig, **beide Komponenten** zu berücksichtigen. Viele Statistiken fokussieren auf die Belastung pro Kopf. Die kann teilweise tatsächlich abnehmen – aber echte Nachhaltigkeit (Brundtland-Definition) müssen die Länder als Gemeinschaften erreichen. **Das heisst, der Fussabdruck der Schweiz sollte nicht 4,3 „Schweizen“ betragen, sondern weniger als eine Schweiz. Nur dann erfüllen wir den seit Jahrzehnten gültigen Artikel 2 der Bundesverfassung (Zweck der Eidgenossenschaft). Immer wieder gibt es Agenden (Agenda 21, Agenda 2015, Agenda 2030, die uns auf die Zukunft verträsten sollen.**

Unsere Verfassung verlangt Nachhaltigkeit JETZT.

5. Familienplanung, Kriege und Migration

Weniger ungewollte Schwangerschaften führt zu weniger Abtreibungen, zu weniger Konflikten und zu weniger Migrations- und Flüchtlingsströmen. Familienplanung reduziert auch den ökologischen Fussabdruck. Familienplanung fördert also das friedliche Zusammenleben von der Familie zur Gemeinschaft bis zu globaler Begünstigung von Harmonie. Es ist klar, dass noch andere Komponenten von Nöten sind, um die ursprünglichen UNO-Friedensziele umzusetzen. Allerdings muss man sich schon fragen, warum ausgerechnet bei einer der effektivsten Friedens-Förderungs-Massnahmen (**Familienplanung für ALLE**) die Weltgemeinschaft es nicht fertigbringt, die rund 9 Milliarden aufzubringen, damit **dieses Menschenrecht ALLEN - JETZT dient** (jedes Jahr fehlen lächerliche 4 bis 8 Milliarden = 4 Tage US-Armee-Ausgaben).

6. Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit (DEZA, SECO, SIFEM) fokussiert auf „dauerhaftes, breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum“

Die Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit ist es, die Bedürfnisse der benachteiligten Menschen ernst zu nehmen. Dass die **Sustainable Development Goals** (SDG's) bis 2030 Null Armut und Null Hunger als Ziel formulieren, ist löblich. Diese Ziele werden aber mit 100% Garantie nicht erreicht, solange **das Menschenrecht auf Familienplanung Millionen von Menschen vorenthalten wird**. Es ist auch nicht möglich, die extreme Armut reduzieren zu wollen, ohne die ständig wachsende Schere zwischen Arm und Reich kleiner werden zu lassen. Es braucht also – wie Graeme Maxton beschreibt auch ein **Wirtschaftssystem, das auf erzwungenes ewiges Wachstum verzichten kann ohne deswegen zu kollabieren**.

7. Désirées sind wichtiger als alle Statistiken; Empathie ist gefragt → Forderungen:

Désirée heisst erwünscht – d.h. ungewollte Schwangerschaften sollen so gut wie möglich (dank würdiger Verfügbarkeit von Familienplanung) verhindert werden können. Kommende Désirées sollen aber auch eine gute Lebensqualität vorfinden (Nachhaltigkeit). Dies ist nur möglich, wenn der Zweck der Eidgenossenschaft nicht ständig verletzt wird. **Dieser Zweck (Art. 2, BV) lautet: Sie (die Eidgenossenschaft) setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung**. Würde sich die Schweiz an ihrer Verfassung orientieren, dann gäbe es weder Kriegsmaterialexporte noch ungerechte Wirtschaftsbeziehungen und schon gar nicht einen Zwang zu eeewigem Wachstum.

Gemäss UNFPA haben etwa 200 Millionen benachteiligte Paare die Freiheit nicht, entscheiden zu können, ob/ wann sie Nachwuchs möchten, wie oft und in welchen Abständen. **Jedes Jahr(!)** gibt es 89 Millionen un-gewollte Schwangerschaften alleine in sog. Entwicklungsländern. Aus Verzweiflung werden 48 Millionen dieser Schwangerschaften frühzeitig abgebrochen. Zum Vergleich: Heute gibt es insgesamt weniger als 50 Millionen Menschen mit HIV. Warum gibt es also bei der DEZA ein „Mainstreaming HIV/AIDS“ (Transversalthema) ohne das extreme Leiden durch ungewollte Schwangerschaften miteinzubeziehen – trotz dem Postulat von Doris Fiala 2013, welche diese Integration verlangt?

Empathie führt dazu, dass in keinem steuerfinanzierten (DEZA-, SECO-, SIFEM-, Helvetas-, Caritas-, Swissaid- etc.) Projekt mehr das Menschenrecht auf freiwillige Familienplanung verletzt wird. **Alle Paare sollen also wählen können – so wie es in reichen Ländern üblich ist**. Dies ist

nur möglich, wenn altersgerechte Aufklärung (in Bildung integriert oder non-formal) gewährleistet ist und die Verhütungsmittel würdig und einfach beschaffbar sind. Beispiel für die Umsetzung:

[DECLARATION](#)

FAZIT: Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit muss sich endlich an das Bundesgesetz (Ziel 5e) halten, das „die Herstellung und Wahrung des ökologischen und demographischen Gleichgewichts“ als Ziel formuliert. Ohne Familienplanung und ohne Verzicht auf den absurden Wachstumszwang (in SDG-Ziel 8 darf deswegen kein einziger Steuerrappen mehr fließen) distanziert man sich immer mehr von den Zielen, die seit 1976 bestehen. Familienplanung muss also genau so wie HIV als Transversalthema in alle Projekte integriert werden.

Das Menschenrecht auf Familienplanung darf nicht weiter verletzt werden.

Bern, 6.7.2018: 50 Jahre Familienplanung als UNO-Menschenrecht

Alec Gagneux, fairCH.com

Alec Gagneux ist Initiator von fairCH. Seit 25 Jahren engagiert er sich vor allem für zukunftsfähige Lebensweisen. Er arbeitet als selbständiger Friedens-Aktivist und Entwicklungs-Philosoph (Philo=Liebe & Sophie=Weisheit) in Ländern wie Indien, Schweiz, Togo, Ägypten, Haiti oder Dominica. Dank Abschlüssen als Maschineningenieur mit Nachdiplom Unternehmensführung kann er Nachhaltige Entwicklungen mittels (drei) Komponenten in Projekte einbringen: (1) angepasste Technologie, (2) faires Wirtschaften und (3) Menschenrecht "freiwillige Familienplanung".

In den 90er Jahren hat er sich vor allem mit dem Menschenrecht auf Familienplanung auseinandergesetzt, das im 2018 50ig wird. Im Vatikan wollte er wissen, warum Verhütung verurteilt wird. In Kalkutta traf er Mutter Teresa, die begeistert vom „sehr gut funktionierenden natürlichen Familienplanungs-Programm“ schwärmte. Alec Gagneux lernte dabei, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Auf seinem Weg lernte er auch mutige und emphatische Menschen kennen – z.B. ein Mitglied der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, der klarmachte, wie dringend es ist, die Bevölkerungsentwicklung (ungewollte Schwangerschaften) nicht weiter zu ignorieren.

**Und doch:
Vielleicht können Zahlen
doch die Empathie
für unsere Erde
und deren Bewohner/innen
ansprechen...**

Land	1937	Heute	Faktor
Algerien	7	40	6
Afganistan	11	33	3
Ägypten	15	87	6
Indien + Bangladesch +Pakistan	360	1300	4
Irak	3,3	33	10
Iran	15	80	5
Libyen	0,7	6,4	9
Marokko	7	35	5
Philippinen	13	100	8
Saudi-Arabien	4,5	30	7
Syrien+Libanon	3	30	10
Tunesien	2,5	12	5
Türkei	15	80	5
Venezuela	3,4	30	9
Jemen	3,5	27	8
Madagaskar	3,8	25	6,6
Kenia	3,1	47	15
Südafrika	9	54	6
Uganda	3,5	35	10
Kongo	9	79	8,5
Nigeria	20	186	9
Eritrea	0,62	4,5	7
Abessinien	6	105	17,5
Sudan	2,6	40	15
Philippinen	13	106	8
Iran	15	80	5,3
Deutschland	70	80	1,15

Anhang:

Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

vom 19. März 1976 (Stand am 1. Juni 2017)

2. Kapitel: Entwicklungszusammenarbeit

Art. 5 Ziele

¹ Die Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Entwicklungsländer im Bestreben, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern. Sie soll dazu beitragen, dass diese Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft vorantreiben. Langfristig erstrebt sie besser ausgewogene Verhältnisse in der Völkergemeinschaft.

² Sie unterstützt in erster Linie die ärmeren Entwicklungsländer, Regionen und Bevölkerungsgruppen. Sie fördert namentlich

- a. die Entwicklung ländlicher Gebiete;
- b. die Verbesserung der Ernährungslage, insbesondere durch die landwirtschaftliche Produktion zur Selbstversorgung;
- c. das Handwerk und die örtliche Kleinindustrie;
- d. die Schaffung von Arbeitsplätzen;
- e. die Herstellung und Wahrung des ökologischen und demografischen Gleichgewichts.

Art. 6 Formen

¹ Die Entwicklungszusammenarbeit kann folgende Formen annehmen

- a. technische Zusammenarbeit, die im besonderen bezweckt, durch Vermittlung von Wissen und Erfahrung die Entfaltung der Menschen zu fördern und sie zu befähigen, ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung, innerhalb ihrer eigenen Gesellschaft, mitzugestalten;
- b. Finanzhilfe, die im Besonderen zum Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur der Bestimmungsländer beiträgt;
- c. handelspolitische Massnahmen, die im Besonderen bezwecken, die Entwicklungsländer besser am Welthandel zu beteiligen, damit sie aus ihm grösseren Nutzen ziehen können;
- d. Massnahmen zur Förderung des Einsatzes privatwirtschaftlicher Mittel, die die Entwicklung im Sinne des Artikels 5 begünstigen, namentlich von Investitionen;
- e. jede andere Form, die den in Artikel 5 genannten Zielen dient.

² Verschiedene Formen der Entwicklungszusammenarbeit können verbunden werden, namentlich technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe bei der Verwirklichung von Entwicklungsprogrammen und -projekten.

Afrika in der Demografie-Falle

Solange dem explosiven Bevölkerungswachstum nicht Einhalt geboten wird, kommt Afrika wirtschaftlich nicht vom Fleck. Es liegt im starken Interesse Europas, zukünftigen Auswanderungswellen vorzubeugen.

Max Amstutz 10.2.2017, 05:30 Uhr

Das Konzept der Entwicklungshilfe für Afrika muss neu überdacht werden. (Bild: Mike Hutchings / Reuters)

Kritiker der Entwicklungshilfe stellen die Frage, warum die Reduktion der Armut in Asien, vor allem in China und in Indien, voranschreitet, während [Afrika](#), das weit stärker am Tropf der internationalen Entwicklungshilfe hängt, weit geringere Fortschritte macht. Angesichts der Tatsache, dass ein Anschwellen des Flüchtlingsstroms aus Afrika, besonders aus Subsahara-Afrika, nicht mehr ausgeschlossen werden kann, ist die Frage mehr als berechtigt. Sie kann ziemlich eindeutig beantwortet werden: Die Wurzeln der anhaltenden Armut in Afrika liegen in der demografischen Situation, die Wohlstandsgewinne vereitelt.

Subsahara-Afrika (SSA) – bevölkerungsmässig ein Koloss von heute einer Milliarde Menschen, die sich bis 2050 mehr als verdoppeln wird – gilt in den Wirtschaftskreisen des Westens gerade wegen dieser hohen Bevölkerungsvermehrung als Eldorado für wirtschaftliches Wachstum. [Dieser Glaube verkennt die Realität](#). Eine rasche Verbesserung der Lebensumstände ist nicht zu erwarten. Denn anders als in den heutigen Entwicklungs- und Schwellenländern Asiens und Lateinamerikas ist die wichtigste Voraussetzung für signifikantes wirtschaftliches Wachstum, nämlich eine abnehmende Geburtenrate, blockiert.

Die «demografische Transition» ist bisher ausgeblieben. Erst der Übergang von hohen zu niedrigeren Geburtenraten führt zu Wohlstandsgewinnen. Heute beträgt diese Rate in den 54 Ländern von SSA 5 bis 7 Geburten pro Frau, was zu einem Bevölkerungswachstum von 2,5 bis 3,5 Prozent pro Jahr führt (Asien und Lateinamerika 1,1 Prozent).

Getrieben von einer exorbitanten Geburtenrate, «frisst» die starke Zunahme der Bevölkerung in Afrika einen grossen Teil des ohnehin volatilen Wachstums des Bruttosozialproduktes per capita auf – und die Armut bleibt. Demografen weisen darauf hin, dass schon heute jedes Jahr im Minimum 18 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssten, um nur gerade die neu ins Erwerbsleben eintretenden arbeitsfähigen Jahrgangskohorten zu versorgen. McKinsey schätzt, dass von 2011 bis 2015 nur 21 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Dies zeigt die gewaltige Beschäftigungslücke, wobei der existierende «backlog» – d. h. heutige Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung – zusätzlich zu berücksichtigen ist.

[Führende Demografen](#) schätzen, dass eine Reduktion der afrikanischen Geburtenrate auf Weltdurchschnitt Jahrzehnte benötigen wird, falls die Verhütungspraxis nicht intensiviert wird. Die Herausforderung, die sich für Europa daraus ergibt, ist gewaltig. Der zu erwartende Migrationsdruck aus Afrika könnte uns an den Rand eines wirtschaftlichen und kulturellen Kollapses führen. Wirtschaft und Politik müssen jetzt ein Programm auf die Beine stellen, das die Entwicklungshemmnisse wirksam bekämpft. Es gilt, an den Wurzeln der grassierenden Armut in Afrika anzusetzen – [etwas, das die heutige meist verzettelte Entwicklungshilfe kaum erfüllt](#). Hauptaufgabe muss es sein, Entwicklungshemmnisse in Subsahara-Afrika abzubauen und langfristig zu beseitigen.

Drei Ziele sind prioritär zu berücksichtigen. Erstens: nachhaltige Reduktion der Geburtenrate. Familienplanung müsste massiv und flächendeckend angelegt sein, um Wirkung zu zeigen. Heute fehlt es dazu am Konzept, an Gebergeldern, an Sexualaufklärung, an Beratern und Ärzten, an

Verhütungsmitteln. Autokratische Regierungen, die in SAA die Regel sind, stellen sich der Familienplanung oft entgegen. Je mehr manipulierbare Stimmen vorhanden sind, umso besser können sie ihr Regime absichern.

Zweitens: [Intensivierung der Bildung und Ausbildung](#). Es fehlt an finanziellen Mitteln und an Lehrpersonal, aber auch an Motivation der politischen Klasse, weil Unwissenheit des Volkes zu ihrem Meinungsmonopol beiträgt. Ein aufgeblähter Regierungsapparat und Militärausgaben beanspruchen in Afrika einen ungebührlich hohen Anteil des ohnehin kargen Steuersubstrates. Die Alphabetisierungsrate verharrt auf 64 Prozent.

Drittens: [bessere Governance](#): scharfe Bekämpfung der Korruption. Die 54 Staaten von SSA nehmen im globalen Korruptions-Index mit wenigen Ausnahmen Spitzenränge am Ende der Skala ein. Die politische Elite bereichert sich massiv und schamlos.

[Das Konzept der Entwicklungshilfe für Afrika muss neu überdacht werden.](#) Es geht um Strukturhilfe gewaltigen Ausmasses. Dazu braucht es eine Bündelung staatlicher Entwicklungshilfe auf globaler Ebene und deren prioritäre Ausrichtung auf eine flächendeckende Bekämpfung der hohen Geburtenrate. Damit verbunden ist eine Aufgabenteilung zwischen staatlicher und privater Entwicklungshilfe. NGO sollen sich weiterhin für dringende Einzelaktionen einsetzen, aber gemeinsam Druck ausüben für eine Koordination der Entwicklungshilfe auf globaler Basis zur Beseitigung der Entwicklungshemmnisse in Afrika.

Sobald das skizzierte Programm greift, werden die Verlässlichkeit der afrikanischen Märkte und das Vertrauen in diese gestärkt und Investitionen aus dem Ausland stimuliert. Dies schafft letztlich wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung. [Der Traum vom afrikanischen Wirtschaftswunder](#) kann so langfristig tatsächlich Wirklichkeit werden.

Max D. Amstutz war Geschäftsleitungsmitglied des Zementkonzerns Holcim sowie Präsident von Alusuisse-Lonza, Von Roll und SGS Genf.

NZZ Gastkommentar 2

Zwischen Schönreden und Panikmache

Wer von Afrikanern eine Reduktion der Geburtenzahl fordert, wird des Neokolonialismus verdächtigt oder in die rechte Ecke gestellt.

Toni Stadler 8.6.2017, 05:30 Uhr

Ein Tabu ist etwas, worüber man nicht sprechen darf. In zwanzig Jahren Entwicklungszusammenarbeit bei Uno und Deza erinnere ich mich an keine Diskussion über die notwendige Reduktion der Geburtenzahlen in afrikanischen Ländern. Für die Delegierten ehemaliger Kolonialmächte im Entwicklungskomitee der OECD glich das Kritisieren afrikanischer Bräuche einer diplomatischen Todsünde. Selbst in der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2017 bis 2020 kommen «die kulturell sensiblen Bereiche Familienplanung und Empfängnisverhütung» nur in einem einzigen Satz vor. Und auf der Agenda der G-20 in Hamburg fehlt das Thema.

Afrika braucht Rechtssicherheit, besseres Regieren, Investitionen, erneuerbare Energie, Berufsbildung und – wichtig – eine Reduktion der Geburtenzahl. Bild: Familie in Rwanda. (Bild: Imago)

Unter Entwicklungsexperten gilt der Glaubenssatz, dass in afrikanischen Gesellschaften mit zunehmendem Wohlstand die Geburtenraten von selbst sinken würden, so wie das in Europa

geschehen sei. Wer von Afrikanern eine Reduktion der Kinderzahl fordert, wird des Neokolonialismus verdächtigt oder in die Ecke von Paul R. Ehrlich («Die Bevölkerungsbombe») gestellt, dessen pessimistische Prophezeiung ja auch nicht eingetroffen sei. In den vergangenen vier Jahrzehnten sind mit Programmen zur Familienplanung in den meisten Weltregionen, ob konfuzianisch, buddhistisch, muslimisch, christlich, ob monogam oder polygam, grosse Fortschritte erzielt worden. Alle OECD-Länder plus einige Schwellenländer haben Kinderzahlen, welche unter der sogenannten «Ersatzrate» von 2,2 pro Frau liegen. In Lateinamerika nimmt die Bevölkerung kaum mehr zu, und nach Schätzungen der Uno sollen Asien und der arabische Raum bis 2050 «nur» noch um eine Milliarde Menschen wachsen und sich danach bei 2,2 Kindern stabilisieren.

Trotz dieser positiven Bilanz wächst die Gesamtbevölkerung des Planeten jährlich etwa um die Bevölkerung Deutschlands weiter an. Wichtigster Grund dafür ist die unverändert hohe Kinderzahl von durchschnittlich 5,5 im Afrika südlich der Sahara. In Somalia und Niger werden sogar mehr als 6 Kinder pro Frau geboren. Laut Uno-Hochrechnungen dürfte sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 verdoppeln, von einer Milliarde auf zwei Milliarden. 2035 wird die Hälfte aller neu arbeitssuchenden Menschen Afrikaner sein.

Das Hongkong Afrikas

Alle wirtschaftlich erfolgreichen Entwicklungsländer haben ihre Massenarmut wesentlich mit Kampagnen zur Verringerung der Kinderzahl beseitigt, China etwa oder Taiwan, Thailand und Bangladesch. UNFPA-Mitarbeiter beklagen den fehlenden Willen vieler afrikanischer Regierungen dafür. Vielleicht, weil sie ihre traditionellen Autoritäten nicht provozieren und damit die nächsten Wahlen verlieren wollen? Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für das Afrika südlich der Sahara 2017 ein Wirtschaftswachstum von 2,6 Prozent. In den ärmsten Sahel-Staaten überschreitet die jährliche Bevölkerungszunahme 3 Prozent. Also werden die Früchte des Wirtschaftswachstums durch die Zunahme der Anzahl Menschen aufgeessen. Solches macht Entwicklungshilfe zu Sisyphusarbeit. Die internationale Zusammenarbeit ist seit ihrem Beginn mit Armutsbekämpfung begründet worden. Fünfzig Jahre guter Wille und manche positiven Resultate – doch die Frage muss erlaubt sein, ob damit nicht auch falsche Anreize geschaffen worden sind.

Armen Menschen zu helfen, ist vorab die Aufgabe der lokalen Gesellschaft und ihrer Institutionen. Dafür braucht jedes Land eine Regierung, welche Wirtschaft, Staat, Sozialdienste so führt, dass es möglichst wenige Arme gibt, und die damit auch eigenverantwortlich wird für eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums. «Das Desaster-Dreieck Umweltdegradation - Armut - Jugendarbeitslosigkeit produziert Terroristen und führt zu einem ansteigenden Exodus nach Europa», sagte kürzlich der Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank warnend. Europa reagiert hilflos und redet die irreguläre Migration schön: Völkerwanderungen habe es schon immer gegeben, heisst es, keine von ihnen sei aufgehalten worden. Das ist nicht nur historisch falsch, sondern defaitistisch. Trotz Globalisierung geht es auch heute noch darum, dass Menschen primär in ihren Geburtsländern Arbeitsplätze finden. Dazu ist das Jahresbudget von 142,6 Milliarden US-Dollar (2016) Auslandhilfe der OECD-Länder da.

Afrika braucht Rechtssicherheit, besseres Regieren, Investitionen, erneuerbare Energie, Berufsbildung und – wichtig – eine Reduktion der Geburtenzahl. Die Auswanderung der afrikanischen Jugend löst die Probleme ihrer Herkunftsländer nicht. Dafür schafft sie Probleme in den Ankunftsändern. Westeuropa, überbeschäftigt mit der Integration von nicht selektionierten Migranten und Kriegsvertriebenen, befindet sich auf dem Weg zur politischen Lähmung. Dies in einer Zeit, da der Kontinent eine Führungsrolle in liberaler Demokratie, Menschenrechten und Klimawandel spielen müsste.

Toni Stadler ist Historiker mit Arbeitserfahrung bei IKRK, Uno, EDA-Deza und OECD in Asien, dem Nahen Osten und in Afrika; Buchpublikation: «Global Times» (2015).